S 34 SO 4012/23 ER

Sachgebiet

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren

Abteilung Kategorie

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Niedersachsen-Bremen Land

Landessozialgericht Niedersachsen-Sozialgericht

> Bremen Sozialhilfe

Beschluss

Anordnungsanspruch Anordnungsgrund Aufenthaltsdauer

Aufenthaltsverfestigung Erwerbsunfähigkeit Folgenabwägung Freizügigkeitsrecht

Gewährleistung eines menschenwürdigen

Existenzminimums

Leistungsausschluss für ausländische

Staatsangehörige

paranoide Schizophrenie

Rückkehr ins Heimatland (Polen)

Überbrückungsleistungen

Überwindung einer besonderen Härte

Verlustfeststellung

1. Im Einzelfall können auf Grund

besonderer Umstände zur Überwindung einer besonderen Härte und zur Deckung einer zeitlich befristeten Bedarfslage die beiden Härtefallregelungen nach § 23 Abs

3 S 6 Halbs 1 und 2 SGB XII

nebeneinander Anwendung finden (Fortführung von LSG Niedersachsen-Bremen vom 29.11.2018 - L 8 SO 134/18 **B ER** - juris Rn 26).

2. Die Ausnahme nach § 23 Abs 3 S 7

Halbs 1 SGB XII von den

Leistungsausschlüssen nach § 23 Abs 3 S 1 SGB XII kann eingreifen, wenn der Verlust des Freizügigkeitsrechts nach § 2 Abs 1 FreizügG festgestellt wurde, aber gegen die Feststellung Klage erhoben worden ist und dieser aufschiebende

Wirkung zukommt. Der

Leitsätze

Verlustfeststellung kommt insoweit keine Tatbestandswirkung zu (Festhalten an LSG Niedersachsen-Bremen v. 06.11.2017 - <u>L 8 SO 262/17 B ER</u> – juris Rn 27 ff. und vom 28.05.2019 – <u>L 8 SO 109/19 B ER</u> –

juris Rn. 9 m.w.N. - jeweils zur

Parallelvorschrift des § 7 Abs. 1 Satz 4 SGB II; vgl. auch BVerfG v. 26.2.2020 – 1

BvL 1/20 - juris Rn. 18).

Normenkette FreizügG/EU § 3a

FreizügG/EU § 6 SGB II <u>§ 7 Abs 1 S 4</u> SGB XII § 23 Abs 3 S 1

SGB XII § 23 Abs 3 S 6 Halbs 1 SGB XII § 23 Abs 3 S 6 Halbs 2

SGB XII § 23 Abs 3 S 7

1. Instanz

Aktenzeichen S 34 SO 4012/23 ER

Datum 16.06.2023

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 SO 84/23 B ER

Datum 23.08.2023

3. Instanz

Datum -

Auf die Beschwerde der Antragstellerin wird der Beschluss des Sozialgerichts Hildesheim vom 16. Juni 2023, soweit durch diesen der Antrag auf GewĤhrung einstweiligen Rechtschutzes abgelehnt und über die Kosten entschieden worden ist, aufgehoben.

Die Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, der Antragstellerin Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII für die Zeit vom 5. April 2023 bis zur bestands- bzw. rechtskräftigen Entscheidung þber ihren Leistungsantrag vom 14. März 2023, längstens jedoch bis zum 30. November 2023, zu gewähren.

Die Antragsgegnerin hat die auà ergerichtlichen Kosten der Antragstellerin für das Verfahren zu erstatten.

Der Antrag der Antragstellerin auf Gew \tilde{A} xhrung von Prozesskostenhilfe f $\tilde{A}^{1}\!\!/_{4}$ r das Beschwerdeverfahren wird abgelehnt.

Â

Gründe:

Ι.

Im Streit sind vorläufige lebensunterhaltssichernde Leistungen ab Anfang April 2023.

Die 2000 geborene, einkommens- und vermĶgenslose Antragstellerin ist polnische StaatsangehĶrige und aufgrund einer paranoiden Schizophrenie (F20.0) jedenfalls bis Ende Oktober 2024 voll erwerbsgemindert (Stellungnahme der DRV Braunschweig-Hannover vom 19.4.2023). Sie lebt bei ihrem Onkel und seiner Ehefrau, die ebenfalls aus Polen stammen und ihre ehemaligen Pflegeeltern sind (von 2000 bis 2010), in einer im Stadtgebiet der Antragsgegnerin gelegenen etwa 60 qm groÃ \Box en Zweizimmerwohnung, fÃ 1 ⁄ \Box r die Kosten der Unterkunft und Heizung von insgesamt 613,00 â \Box ¬ zu entrichten sind (Grundmiete von 389,00 â \Box ¬ sowie Vorauszahlungen fÃ 1 ⁄ \Box r Neben- und Heizkosten von 139,81 â \Box ¬ bzw. 84,19 â \Box ¬). N.e.A. hatte ihre Mutter sie nach der Geburt verlassen, ihr Vater starb 2004.

Die Einreise der Antragstellerin nach Deutschland erfolgte am 21.11.2018 unmittelbar nach einem stationĤren Aufenthalt in Polen (vom 13.10. bis zum 20.11.18) gemeinsam mit ihrem Onkel, der zusammen mit seiner Ehefrau zunĤchst für ihren Lebensunterhalt aufkam; er ist zu einem Monatslohn von 2.200,00 â□¬ (bzw. 1.552,55 â□¬ netto) abhängig beschäftigt, seine Ehefrau geht keiner Erwerbstätigkeit nach. Aufgrund ihrer schweren Erkrankung wurde die Antragstellerin auf Veranlassung der Antragsgegnerin auf Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und SchutzmaÃ□nahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) vom 3.8. bis zum 15.9.2021 im G. Klinikum H. behandelt. Seit April 2022 ist für sie durch das Amtsgericht Hildesheim (73 XVII J 693) eine Betreuerin bestellt (mit den Aufgabenkreisen u.a. betreffend die Sorge für die Gesundheit, Aufenthaltsbestimmung sowie Rechts-/Antrags- und Behördenangelegenheiten).

Nachdem der Ende Mai 2022 beim Jobcenter Hildesheim gestellte Antrag auf lebensunterhaltssichernde Leistungen abgelehnt worden war (Bescheid des Jobcenters vom 8.6.2022 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 30.8.2022; ein Klageverfahren ist â soweit ersichtlich â noch anh Ängig), verpflichtete das Sozialgericht (SG) Hildesheim die im Eilverfahren beigeladene Antragsgegnerin, der Antragstellerin ab dem 4.10.2022 bis lÄngstens zum 4. April 2023 lebensunterhaltssichernde Leistungen nach dem SGB XII zu gew Änhren (Beschluss vom 5.12.2022 â S S S AS 4132/22 ER). Wegen durchgreifender Zweifel an der ErwerbsfÄnligkeit der Antragstellerin â Ach auch schon vor der o.g. Stellungnahme der DRV Braunschweig-Hannover â scheide ein Anspruch nach dem SGB II aus. Ein Leistungsausschluss nach § 23 Abs. 3 SGB XII liege nicht vor, weil die Antragstellerin als UnionsbÄ-4rgerin bis zu einer Verlustfeststellung durch die AuslÄnderstelle freizÄ-4gigkeitsberechtigt sei und sich auch nicht allein zum Zwecke der Arbeitsuche in Deutschland aufhalte. Die Beschwerde der

Antragsgegnerin gegen diese Entscheidung, die durch Ausf \tilde{A}^{1}_{4} hrungsbescheid vom 2.2.2023 f \tilde{A}^{1}_{4} r den o.g. Zeitraum umgesetzt wurde, ist beim Landessozialgericht (L 9 AS 13/23 B ER) \hat{a}_{1} soweit ersichtlich \hat{a}_{1} noch anh \tilde{A} ngig.

Ende April 2023 stellte die Antragsgegnerin (Ausländerstelle) fest, dass die Voraussetzungen einer Freizýgigkeitsberechtigung nach § 2 Abs. 1 FreizýgG/EU sowie nach § 3a Abs. 1 FreizýgG/EU für die Antragstellerin nicht vorliegen, und forderte diese mit Abschiebungsandrohung auf, Deutschland innerhalb eines Monats zu verlassen (Bescheid vom 25.4.2023). Gegen diese Entscheidung ist beim Verwaltungsgericht (VG) Hannover eine Klage anhängig (12 A 3193/23).

Nachdem die Antragsgegnerin eine LeistungsgewĤhrung auch für die Zeit ab dem 5.4.2023 (vgl. den Leistungsantrag der Antragstellerin vom 14.3.2023) ohne förmliche Bescheidung wiederholt (am 17. und 31.3.2023) abgelehnt hatte, hat die Antragstellerin am 27.4.2023 beim SG wiederum um einstweiligen Rechtsschutz nachgesucht. Das SG hat den Eilantrag u.a. mit der Begründung abgelehnt, die Antragstellerin sei von Sozialhilfeleistungen nach § 23 Abs. 3 SGB XII ausgeschlossen, weil sie nicht freizügigkeitsberechtigt sei und sich in Deutschland rechtswidrig aufhalte. Einen Anspruch auf Ã \Box berbrückungsleistungen nach § 23 Abs. 3 Satz 6 SGB XII habe sie ebenfalls nicht, weil ihre gesundheitlichen BeeintrÃ \Box chtigungen keinen besonderen H \Box mrtefall bzw. Reiseunf \Box mhgkeit begr \Box mhnlich einer Betreuung bzw. Pflegschaft \Box m seien in ihrem Heimatland Polen ebenso m \Box ¶glich (Beschluss vom 16.6.2023, zugestellt am 19.6.2023).

Hiergegen richtet sich die Beschwerde der Antragstellerin vom 19.7.2023. Zusammen mit ihren Ausfļhrungen im erstinstanzlichen Verfahren macht sie u.a. geltend, ihr Freizügigkeitsrecht für nahestehende Personen beruhe auf § 3a FreizügG/EU. Die insoweit beim VG Hannover erhobenen Klage (12 A 3193) entfalte aufschiebende Wirkung. Jedenfalls sei es ihr aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich bzw. zuzumuten, in ihr Heimatland auszureisen; sie beruft sich insoweit auf die vorliegenden medizinischen Berichte, u.a. die Ausführungen der DRV Braunschweig-Hannover vom 19.4.2023 (auf das Ersuchen nach §Â 45 SGB XII), den Bericht des G. Klinikums H. über die laufende ambulante Behandlung vom 5.4.2023 und eine noch v.A.w. durchzuführende amtsÃxrztliche Untersuchung. Ihre gesundheitliche Situation stelle sich im Alltag â∏∏ wohl aus Sicht ihres Onkels und dessen Ehefrau â∏∏ so dar, dass sie im Vergleich zu früheren Zeiten zwar ruhiger, aber nur wenig ansprechbar sei und sich $\hat{a} \square \square$ wenn sie $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berhaupt reagiere $\hat{a} \square \square$ $\tilde{A} \times u\tilde{A} \square$ ert wirr und zusammenhanglos äuÃ∏ere. In der Regel verbringe sie den Alltag stillsitzend oder liegend auf dem Sofa. Körperhygiene und Medikamenteneinnahme erfolgten nicht selbstständig. Ihr Verhalten sei grundsÄxtzlich sozial konform. Ein Verlassen des Hauses bzw. die Alltagsbewältigung sei ihr aber wegen Ã∏berforderung nicht ohne Begleitung möglich. Sie befinde sich nicht in stationärer Behandlung, müsse aber die Klinik alle fünf Wochen im Beisein ihrer Betreuerin aufsuchen. Die Betreuungssituation habe sich durch die Pflegebedürftigkeit der Ehefrau ihres Onkels nunmehr nach

einem Pflegegrad 2 weiter verschĤrft. Hilfsweise macht sie einen Leistungsanspruch nach dem AsylbLG geltend.

geltend, der Antragstellerin stehe kein materielles Freizýgigkeitsrecht zu, insbesondere nicht nach § 3a FreizügG/EU, weil u.a. ihr Lebensunterhalt gerade nicht sichergestellt sei. Sie sei aus diesem Grund von Sozialhilfeleistungen nach § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 SGB XII ausgeschlossen; dies versto̸e nach höchstrichterlicher Rechtsprechung auch nicht gegen die Verfassung (vgl. BSG, Urteil vom 29.3.2022 â∏∏ <u>B 4 AS 2/22 R</u>). Im Grundsatz höchstens fÃ⅓r einen Monat vorgesehene ̸berbrückungsleistungen nach <u>§ 23 Abs. 3 Satz 3 SGBÂ XII</u> kämen nicht in Betracht, weil die Antragstellerin bereits ýber einen längeren Zeitraum vorlĤufige Leistungen erhalten habe. Die Voraussetzungen für einen Leistungsbezug über einen Monat hinaus seien nicht nachgewiesen bzw. nicht glaubhaft gemacht, weil es insoweit an aktuellen medizinischen Befundunterlagen mangele. Die Ausfļhrungen der DRV Braunschweig-Hannover vom 19.4.2023 sowie des G. Klinikums H. vom 5.4.2023 betrÄxfen in erster Linie die ErwerbsfĤhigkeit der Antragstellerin. Die Einholung einer amtsĤrztlichen Stellungnahme bzw. eines Gutachtens sei nicht zielfA¼hrend, weil dies derzeit wegen fehlender Axrztlicher Unterlagen allein einer Ausforschung des medizinischen Sachverhaltes diene. ZunÄxchst sei die Antragstellerin gehalten, weitere Befundunterlagen beizubringen. Im ̸brigen sei sie nicht leistungsberechtigt nach § 1 Abs. 1 AsylbLG, weil sie weder über eine Duldung verfüge (Nr. 4), noch vollziehbar ausreisepflichtig sei (Nr. 5). Ohnehin sei das AsylbLG nicht auf Unionsbürgerinnen anwendbar.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Prozessakte und der beigezogenen Verwaltungsakten der Antragsgegnerin (Leistungs- und AuslĤnderakten) Bezug genommen.

Â

II.

Die form- und fristgerecht (§ 173 SGG) eingelegte und auch im Ã∏brigen zulässige, insbesondere statthafte (§ 172 Abs. 3 Nr. 1 i.V.m. §Â§ 143, 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG) Beschwerde ist begrÃ⅓ndet. Das SG hat den Eilantrag der Antragstellerin zu Unrecht abgelehnt.

Der Eilantrag richtet sich zutreffend gegen die Antragsgegnerin. Sie wird von dem fā½r Leistungsberechtigte, die â \square wie die Antragstellerin â \square das 18. Lebensjahr vollendet haben, an sich sachlich zustā α ndigen (vgl. α 8 97 SGB XII i.V.m. α 9 3 Abs. 1 Satz 1 des Niedersā α 2 chsischen Gesetzes zur Ausfā½hrung des SGB IX und des SGB XII â \square 1 Nds. AG SGB IX/SGB XII â \square 2 vom 24.10.2019, Nds. GVBI. 300, geā α 3 ndert durch Gesetz vom 30.6.2022, Nds. GVBI. 426) α 4 der α 5 frtlichen Trā α 6 der Sozialhilfe, dem Land Niedersachsen (α 8 3 Abs. 1 und α 8 3 SGB XII, α 8 2 Abs. 1 und 3 Nds. AG SGB IX/SGB XII), fa½r die diesem obliegenden Aufgaben als groā α 5 selbststā α 8 ndige Stadt (α 8 14 Abs. 5 NKomVG) kraft Gesetzes nach α 8 4 Abs. 2 Nds.

AG SGB IX/SGB XII herangezogen. Sie entscheidet insoweit gemÃ $_{\rm m}$ Ã $_{\rm m}$ Â $_{\rm m}$ 6 Abs. 4 Nds. AG SGB IX/SGB XII im eigenen Namen und ist damit im gerichtlichen Verfahren passivlegitimiert (sog. WahrnehmungszustÃ $_{\rm m}$ ndigkeit, vgl. etwa BSG, Urteil vom 30.8.2017 â $_{\rm m}$ B 14 AS 31/16 R â $_{\rm m}$ juris Rn. 14 m.w.N).

Einstweilige Anordnungen sind nach <u>ŧ 86b Abs. 2 Satz 2 SGG</u> zur Regelung eines vorlĤufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges RechtsverhĤltnis zulĤssig, wenn eine solche Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile nĶtig erscheint. Voraussetzung fĽr den Erlass einer einstweiligen Anordnung ist, dass ein geltend gemachtes Recht gegenľber dem Antragsgegner besteht (Anordnungsanspruch) und der Antragsteller ohne den Erlass der begehrten Anordnung wesentliche Nachteile erleiden wľrde (Anordnungsgrund). Sowohl die hinreichende Wahrscheinlichkeit eines in der Sache gegebenen materiellen Leistungsanspruchs als auch die Eilbedľrftigkeit der Regelung zur Abwendung wesentlicher Nachteile sind glaubhaft zu machen (<u>ŧA 86b Abs. 2 Satz 4 SGG</u> i.V.m. <u>ŧ 920 Abs. 2 ZPO</u>).

Ein Anordnungsanspruch ist dann gegeben, wenn der zu sichernde Hauptsacheanspruch dem Antragsteller mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zusteht, wenn also eine Vorausbeurteilung der Hauptsacheklage nach summarischer Prüfung ergibt, dass das Obsiegen des Antragstellers in der Hauptsache ýberwiegend wahrscheinlich ist. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Beschluss vom 12.5.2005 â∏∏ 1 BvR 569/05 â∏ juris) dürfen Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren für Anfechtungs- und (wie hier) Vornahmesachen grundsÄxtzlich sowohl auf eine Folgenabwägung wie auch auf eine summarische Prüfung der Erfolgsaussichten in der Hauptsache gestützt werden. Art. 19 Abs. 4 GG stellt jedoch besondere Anforderungen an die Ausgestaltung des Eilverfahrens, wenn wie hier ohne die GewĤhrung vorlĤufigen Rechtsschutzes schwere und unzumutbare, anders nicht abwendbare BeeintrÄxchtigungen entstehen kĶnnen, die durch das Hauptsacheverfahren nicht mehr zu beseitigen wĤren. In einem solchen Fall mÃ1/4ssen die Gerichte nach der vorgenannten Entscheidung des BVerfG, wenn sie sich an den Erfolgsaussichten der Hauptsache orientieren wollen, die Sach- und Rechtslage nicht nur summarisch, sondern abschlie̸end prüfen. EntschlieÃ∏en sich die Gerichte zu einer Entscheidung auf dieser Grundlage, so dürfen sie die Anforderungen an die Glaubhaftmachung durch den Antragsteller des Eilverfahrens nicht ýberspannen; Fragen des Grundrechtsschutzes sind einzubeziehen. Ist dem Gericht hingegen eine vollstĤndige AufklĤrung der Sach- und Rechtslage im Eilverfahren nicht må¶glich, so ist anhand einer Folgenabwå¤gung zu entscheiden. Auch in diesem Fall sind die grundrechtlichen Belange des Antragstellers umfassend in die AbwĤgung einzustellen. Dies gilt ganz besonders, wenn es um die Wahrung der Würde des Menschen geht. Eine Verletzung dieser grundrechtlichen GewĤhrleistung, auch wenn sie nur mĶglich erscheint oder nur zeitweilig andauert, haben die Gerichte zu verhindern (BVerfG, ebenda).

Nach diesen Ma̸gaben entscheidet der Senat auf Grundlage einer Folgenabwägung, die die grundrechtlichen Belange der Antragstellerin, insbesondere deren notwendige medizinische Versorgung, in besonderer Weise in den Blick nimmt. Nach summarischer Prüfung der Sach- und Rechtslage kann die

vornehmlich von dem VG Hannover in dem Verfahren 12 A 3193 gegenstĤndliche Frage, ob die Antragstellerin zurzeit, insbesondere als nahestehende Person nach § 3a FreizügG/EU, freizügigkeitsberechtigt ist, unbeantwortet bleiben. Einen Leistungsausschluss nach § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 SGB XII unterstellt, ist es nach dem gegenwÄxrtigen Stand des Verfahrens keineswegs ausgeschlossen, sondern vielmehr gut mA¶glich, dass sie gegen die Antragsgegnerin einen Anspruch auf Hilfe zur ̸berwindung einer besonderen Härte nach <u>§ 23 Abs. 3 Satz 6 SGB XII</u> hat. Danach werden Leistungsberechtigten nach <u>§ 23 Abs. 3 Satz 3 SGB XII</u>, also nach § 23 Abs. 3 Satz 1 SGB XII von Leistungen ausgeschlossenen Personen, zur ̸berwindung einer besonderen Härte andere Leistungen i.S.v. § 23 Abs. 1 SGB XII gewÃxhrt, soweit dies im Einzelfall besondere UmstÃxnde erfordern (Halbs. 1); ebenso sind Leistungen über einen Zeitraum von einem Monat hinaus zu erbringen, soweit dies im Einzelfall auf Grund besonderer UmstĤnde zur ̸berwindung einer besonderen Härte und zur Deckung einer zeitlich befristeten Bedarfslage geboten ist (Halbs. 2). Die beiden HÄxrtefallregelungen nach §Â 23 Abs. 3 Satz 6 Halbs. 1 und 2 SGB XII kA¶nnen nebeneinander Anwendung finden (Senatsbeschluss vom 29.11.2018 $\hat{a} \square \square \bot 8 SO 134/18 B ER \hat{a} \square \square$ juris Rn. 26).

Ob die streitige Leistung auf Grund besonderer UmstĤnde und zur Ä∏berwindung einer besonderen HÃxrte i.S. des <u>§ 23 Abs. 3 Satz 6 SGB XII</u> geboten ist, ist noch nicht hinreichend geklĤrt. Hierzu bedarf es noch weiterer Ermittlungen ļber die Erkrankung der Antragstellerin, ihrer persĶnlichen Situation, insbesondere bezogen auf die UnterstA1/4tzung durch ihren Onkel und dessen Ehefrau sowie ihrer familiären Verhältnisse in ihrem Heimatland, und die Frage, unter welchen Umständen sie in zumutbarer Weise aus Deutschland ausreisen kann. Nach den vorliegenden medizinischen Befundberichten, auch aus dem Jahr 2021, dem Entlassungsbericht des G. Klinikums H. vom 15.9.2021 (stationĤrer Aufenthalt vom 3.8. bis zum 15.9.2021) und des Gesundheitsamtes des Landkreises Hildesheim vom 21.9.2021, ist die bei der Antragstellerin bestehende paranoide Schizophrenie (F20.0) stark ausgeprĤgt (gewesen). Wegen der nur eingeschrĤnkten medizinischen Versorgung der Antragstellerin, deren Krankenbehandlung bis Oktober 2022 nicht leistungsrechtlich sichergestellt gewesen ist, besteht eine überwiegende Wahrscheinlichkeit, dass sich ihr Gesundheitszustand bis heute nicht wesentlich gebessert hat und sie auch weiterhin umfassender Hilfe bedarf. Hierfýr spricht nicht zuletzt die vom AG Hannover angeordnete Betreuung sowie die insoweit glaubhaften Schilderungen (wohl des Onkels bzw. seiner Ehefrau) über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Alltag. Danach soll die Antragstellerin in wesentlichen Bereichen ihren Lebensalltag, aber auch die Sorge um ihre Gesundheit, nicht selbststĤndig bewĤltigen bzw. sicherstellen kĶnnen, und sie ist auf umfassende Hilfe und UnterstA1/4tzung angewiesen. Wegen der fehlenden Absicherung im Krankheitsfall bzw. der nicht geklÄxrten Finanzierung von Gesundheitsleistungen ist es der Antragstellerin jedenfalls seit April 2023 (Ende der vorlÄxufigen Leistungen der Antragsgegnerin) auch nicht vorzuhalten, die gesundheitlichen BeeintrÄxchtigungen bezogen auf ihre ReisefÄxhigkeit durch Vorlage von aktuellen Ĥrztlichen Befundunterlagen glaubhaft zu machen. Jedenfalls bieten die besonderen UmstĤnde des Einzelfalles, insbesondere die vorliegenden Befundunterlagen aus 2021, hinreichenden Anlass für weitere Ermittlungen des medizinischen Sachverhalts im anhĤngigen

Verwaltungsverfahren (auch) von Amts wegen, etwa durch die Einschaltung des zustĤndigen Gesundheitsamtes. Ungeachtet dessen ist es nach dem gegenwÄxrtigen Stand naheliegend, dass die Antragstellerin auf Grund ihrer schweren psychischen Erkrankung auch wĤhrend der ambulanten Krankenbehandlung einer umfassenden Hilfe und UnterstA1/4tzung bedarf, die wohl vornehmlich von der Ehefrau ihres Onkels geleistet wird und dies wegen der beengten RĤumlichkeiten in der Zweizimmerwohnung unter erschwerten Bedingungen und wohl nicht konfliktfrei (vgl. die Mitteilung vom 19.11.2022 über ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die Antragstellerin wegen Körperverletzung). Unter Würdigung der Erklärungen der Antragstellerin bzw. ihres Onkels und seiner Ehefrau im Verwaltungs- und im Gerichtsverfahren ist es auch naheliegend, dass die Antragstellerin im Falle einer Rýckkehr in ihr Heimatland nicht von AngehĶrigen, Verwandten oder befreundeten Personen unterstýtzt werden kann und sie womöglich auf sich allein gestellt ist. Wie sich unter diesen UmstĤnden eine Betreuung bzw. Pflegschaft der Antragstellerin in Polen darstellen würde und welche Vorbereitungen hierzu erforderlich sind, ist nicht geklĤrt. Jedenfalls ist sie gegenwĤrtig nicht in der Lage, Fragen über die Bestimmung ihres Aufenthaltes selbststĤndig zu beantworten; die womĶglich mit ihrer Betreuerin getroffene Entscheidung für einen weiteren Aufenthalt bei ihrem Onkel und seiner Ehefrau in Deutschland erscheint vor diesem Hintergrund â∏ in tatsächlicher Hinsicht â∏ gut nachvollziehbar.

Im Rahmen der FolgenabwĤgung berļcksichtigt der Senat auch die schon Iängere Aufenthaltsdauer der Antragstellerin in Deutschland von über viereinhalb Jahren. Zu der (tatsÄxchlichen) Aufenthaltsverfestigung, die bei der Auslegung von Vorschriften A¼ber AusschlA¼sse von existenzsichernden Leistungen aus Gründen der Systematik des Sozialhilferechts und verfassungsrechtlichen Vorgaben des BVerfG zu beachten ist (vgl. BSG, Urteil vom 3.12.2015 â∏∏ <u>B 4 AS 59/13 R</u> â∏∏ juris Rn. 25; BSG, Urteil vom 9.8.2018 â∏∏ <u>B 14</u> AS 32/17 R â∏ juris Rn. 42; BSG, Urteil vom 30.8.2017 â∏ B 14 AS 31/16 R â∏∏ juris Rn. 52; weitergehend LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 11.7.2019 â∏ L 15 SO 181/18 â∏∏ juris Rn. 65 f.; vgl. auch Siefert in jurisPK-SGB XII, 3. Aufl. 2020, § 23 Rn. 108 ff.), kommt hinzu, dass ein Ausschluss von lebensunterhaltssichernden Sozialhilfeleistungen nach dem gegenwÄxrtigen Stand ab dem 22.11.2018 gem. <u>§ 23 Abs. 3 Satz 7 SGB XII</u> ohnehin nicht mehr greift. Danach erhalten AuslĤnder und ihre FamilienangehĶrigen abweichend von § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 SGB XII Leistungen nach § 23 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB XII, wenn sie sich seit mindestens fļnf Jahren ohne wesentliche Unterbrechung im Bundesgebiet aufhalten (Halbs. 1); dies gilt nicht, wenn der Verlust des Rechts nach § 2 Abs. 1 FreizügG/EU festgestellt wurde (Halbs. 2). Die zuletzt genannte Rýckausnahme greift derzeit nicht, weil sie eine bestandskrÃxftige Verlustfeststellung nach § 6 FreizügG/EU voraussetzt (ständige Rechtsprechung des Senats seit 2017, vgl. Senatsbeschluss vom 6.11.2017 â∏∏ L 8 SO 262/17 B ER â∏∏ juris Rn. 27 ff. und vom 28.5.2019 â∏∏ <u>L 8 SO 109/19 B ER</u> â∏∏ juris,Rn. 9 m.w.N. â∏∏ jeweils zur Parallelvorschrift des <u>§ 7 Abs. 1 Satz 4 SGB II</u> â∏∏ sowie BVerfG, Beschluss vom 26.2.2020 â_{□□} <u>1 BvL 1/20</u> â_{□□} juris Rn. 18; a.A. jüngst â_{□□} ebenfalls zur Parallelvorschrift § 7 Abs. 1 Satz 4 SGB II â∏∏ Hess. LSG, Beschluss vom 9.2.2023 â∏∏ <u>L 7 AS 447/22 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 23), der Klage der

Die Antragstellerin hat nach den Gesamtumständen die besondere Eilbedürftigkeit der Sache (Anordnungsgrund) glaubhaft gemacht. Es geht um die vorläufige Gewährung lebensunterhaltssichernder Leistungen und es ist ihrem Onkel und seiner Ehefrau nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten, die Antragstellerin in hinreichendem MaÃ∏e bei der Bestreitung ihres Lebensunterhaltes zu unterstützen, insbesondere betreffend die Absicherung im Krankheitsfall.

Der Senat entscheidet in Ausýbung des ihm zustehenden Ermessens (§ 86b Abs. 2 Satz 4 SGG i.V.m. § 938 Abs. 1 ZPO) lediglich dem Grunde nach (§ 130 Abs. 1 Satz 1 SGG analog) þber die der Antragstellerin vorläufig zu erbringenden Leistungen, weil dies zur Abwendung der gegenwärtigen Notlage ausreichend erscheint. Die Berechnung der Leistungen der Höhe nach bleibt der Antragsgegnerin vorbehalten.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

Der Antrag des Antragstellers auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe (PKH) fÃ 1 / 4 r das Beschwerdeverfahren ist abzulehnen. Wegen der rechtskrÃ $^{\alpha}$ ftigen Verpflichtung der Antragsgegnerin, die auÃ $^{\alpha}$ ergerichtlichen Kosten fÃ 1 / 4 r das Verfahren erster und zweiter Instanz zu erstatten, besteht fÃ 1 / 4 r den PKH-Antrag kein RechtsschutzbedÃ 1 / 4 rfnis mehr (Ã $^{\alpha}$ hnlich BVerfG, Beschluss vom 1.8.2017 â $^{\alpha}$ 0 å $^{\alpha}$ 1 BVR 1910/12 â $^{\alpha}$ 1 juris Rn. 20).

Dieser Beschluss ist unanfechtbar, <u>§ 177 SGG</u>.

Erstellt am: 15.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024